

Festakt 50 Jahre Ministerkonferenz Raumordnung am 12.06.2017 in Berlin

Jürg Sulzer

Von Grenzen und Urbanität

1. Einleitung

Als ich gefragt wurde, ob ich an Ihrem Festakt einen Fachvortrag halten würde, hatte ich schon ein wenig gestutzt: zum einen weshalb Sie einen Referenten einladen, der sich während seines gesamten beruflichen Lebens mit Städtebau auseinandergesetzt hat; zum anderen scheint es vielleicht auch etwas überraschend zu sein, angesichts Ihres 50-jährigen Jubiläums der Ministerkonferenz, Schweizer Erfahrungen zu reflektieren, die den großen Bogen aufspannen sollen, zwischen historischen Gesichtspunkten der Raumordnung, Fragen des Klimawandels, bis hin zu aktuellen Themen des Demografischen Wandels und der europäischen Zuwanderungsproblematik.

Es sind dies so grundsätzliche Themen der Begrenzung, weshalb es bestimmt etwas anmaßend wäre, auf all die damit verbundenen Fragen auch nur den Versuch zu wagen, präzise Antworten geben zu wollen. Und es ist gewiss auch nicht der Ort, detaillierte Unterschiede zwischen Ihrer 50-jährigen koordinierenden Raumordnungspolitik und der etwa gleich langen Raumplanungspraxis der Schweiz herauszuarbeiten. Dies könnte schnell einem „Buchhalter-Vortrag“ gleichkommen und Sie langweilen. Das möchte ich natürlich vermeiden!

Angesichts des engen Zeitlimits, konzentriere ich mich auf einige Gedankenansätze zur ganzheitlichen Raumplanung: Am Beispiel urbaner Innenentwicklung könnte es spannend sein, zu zeigen, wie sich zwischen der kleineren Schweiz und dem großen Bruder im Norden auf der Grundlage ähnlicher Ziele, unterschiedliche Vorgehen herausbilden. Es sollte ein Perspektivwechsel sein, der seine Wurzeln in meiner ebenfalls 50-jährigen Erfahrung über die Grenzen hinweg hat. Perspektivwechsel können bekanntlich stimulierend wirken!

In gewisser Weise bin ich tatsächlich ein „Grenzgänger“ zwischen der Schweiz und der BRD. Im Gründungsjahr Ihrer Ministerkonferenz beginne ich mein wunderbares Städtebau-Studium in Berlin (West) mit hohen Erwartungen eines jungen Schweizers in der Großstadt. Und dort habe ich während gut 15 Jahren gelernt, was es heißt mit Grenzen umzugehen, sowohl in fachlicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht und in der urbanen Freizeit einer Stadt, deren begrenztes Umfeld eben auch das Leben in der Stadt scheinbar begrenzte.

Keine Angst, ich werde nicht über die Wohltaten des damaligen Westberlins referieren. Es geht mir um Erfahrungen, die mich in der damaligen Zeit lehrten, mit „Begrenzung“ im weitesten Sinn des Wortes ideenreich umzugehen. Genau dieses Denken wird für mich zum Begleiter meiner gesamten beruflichen Arbeit als Städtebauer. Was einst als „eingemauertes“ tristes Berliner Leben von Außenstehenden oft mitleidvoll kommentiert wurde, war eigentlich ein befreiendes Sein, weil Grenzen in der Gesellschaft eben auch Übersichtlichkeit bieten, Vertrautheit vermitteln und ein Stück Heimat konkret erfahrbar machen. Diese frühen Erfahrungen waren für mich wie ein Labor, welches das Verständnis darüber weckte, wie wir mit Begrenzung in Raumordnung und Städtebau umgehen sollten.

Mit diesem damaligen Wissen komme ich Mitte der 1980-er Jahre wieder zurück in die Schweiz, nach Bern. Hier ging es um die Leitung der integrierten Stadtentwicklung bei aufkommender sozial-grüner Politik. Sie vertrat in jener Zeit die Begrenzung der Raumnutzung, die Schonung der Ressourcen und das Bewahrung des landwirtschaftlich genutzten Bodens vor weiterer Bebauung bereits recht radikal. Gerade deshalb kommen nun meine Erfahrungen mit Begrenzung aus Westberliner Zeit zum Tragen. Es mussten in den späten 1980er Jahren kreative Strategien der Raumentwicklung für eine Stadt mit Wachstum gefunden werden – und zwar ohne die damaligen ökologischen Ziele zu vernachlässigen. Die Frage der sorgfältigen Begrenzung der Raumnutzung wird zum Kernthema von Raum- und Stadtentwicklung in der Stadt Bern. Anstelle von Stadterweiterungen entstehen erste Quartierplanungen unter dem frühen Stichwort der Umnutzung – des Stadtumbaus würde man heute sagen.

Gelernt habe ich während dieser Zeit, dass wir mit der üblichen Einzelsichtweise eher zu kurzzeitigen Antworten neigen. In der Schweiz hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein integriertes Denken und Handeln in Raumplanung und Stadtentwicklung herausgeschält. Obwohl wir natürlich auch immer wieder von klassischem Ressortdenken eingeholt werden.

2. Integriertes Denken und Handeln als neue Herausforderung

Die vor einigen Wochen in Berlin erfolgte Diskussion zur künstlichen Intelligenz könnte vielleicht auch Hinweise für zukünftiges, integriertes Handeln in der Raumordnungs- und Stadtentwicklungspolitik bieten. Es sei alles nicht so schwierig, wird berichtet, man müsse nur in „4-D“ denken lernen. So einfach? Wohl kaum!

Aber vielleicht kann man ja trotzdem etwas erkennen: Und zwar nicht die modisch erscheinende Frage klären zu wollen, ob die Maschine unsere Intelligenz übertreffen werde. Viel eher sollten wir auf die Frage eingehen, wie gut wir in der Lage sind, uns anzupassen. Das „Entlernen“ müsse zur Pflicht werden (so die dort erwähnte *Singularity University*), weil unser heutiges Denken zu fixiert sei. Es wird eine „Krise der Vorstellungskraft“ ausgemacht. Und zwar darüber, dass jeder größere Entwicklungsschritt zu einer Verdoppelung der Erkenntnisse führe. Wir müssen das Andersdenken fördern und beispielsweise nicht mehr über die Optimierung des Autos, sondern über Mobilität nachdenken. Es gehe um die Bildung von sog. „*Plattformen*“ anstelle von Einzellösungen. *TESLA* sei eben eine Plattform und nicht in erster Linie ein Autoprodukt. Man könnte an dieser Stelle noch anfügen, dass eine integrierte Plattform des Wissens auch psychologische und gesellschaftspolitische Aspekte gewichtet. *TESLA* vermittelt kein schlechtes Gewissen mehr beim Autofahren und bietet ein neues Denken der Mobilität. Großes Denken wird gleichgesetzt mit Zweifel zuzulassen, um diese dann zu beseitigen.

Welche Schlüsse können wir für unsere vielfältige Arbeit ziehen? Warten bis wir in Rente gehen oder schaffen wir es, neue Strategien, sog. „*Plattformen*“ für eine integrierte Raumordnung zu skizzieren?

Ich kenne natürlich noch keine derartige Plattform, die in Raumplanung, Stadtentwicklung, Verkehr, und Stadtbaugestaltung „Andersdenken“ praktiziert und zum Quell neuer Inspiration wird. Vielleicht geht es in einem ersten Schritt einfach nur darum, Zweifel zuzulassen. Zweifel z.B. darüber, dass wir mit einzelnen Themenschwerpunkten wie Demografischer Wandel oder Klimawandel nur die alten Antworten der Schadensbegrenzung im Einzelfall bieten können. Plattformen hingegen in unseren Metiers zu bilden, könnte heißen, dass wir eine „*Wissens-Plattform der Grenzen*“ in Raumordnung und Stadtentwicklung aufbauen. Sie würde möglicherweise viele vernetzte Antworten hervorbringen, die wir nicht hier und heute, vielleicht aber morgen denken und lösen könnten.

In der Raumordnung und Stadtentwicklung müssen wir davon wegkommen, in Wahlperioden einzelner Ministerien zu denken und zu handeln. Die sich rasch verändernden Technologien tatsächlich zu verstehen, benötigen ein langfristig ausgerichtetes „Andersdenken“. Eine grundlegende Kulturveränderung wie sie die *Tesla-Plattform* begonnen hat, heißt aus meiner Sicht, kreative Mobilität zu denken, Zweifel zuzulassen, um Lösungen zu finden und trotzdem ein schönes Auto herzustellen. Noch vor 8 bis 10 Jahren wurde uns von den Autoherstellern geradezu prophetisch nahegelegt, dass das Elektroauto in den kommenden 20 bis 30 Jahren undenkbar sei. Wahrlich keine Wissensplattform integrierten Denkens.

3. Erfahrungen mit einseitiger Sichtweise: *Schrumpfende Städte*

Als „Grenzgänger“ zwischen der Schweiz und der BRD gestatte ich mir nun einen Außenblick mit einer gewissen Kompetenz eines Innenblicks: In den frühen 2000-er Jahren habe ich, nach 20 Jahren Erfahrung in der Berner Stadt- und Raumplanung, die Grenze nach Deutschland ein zweites Mal überschritten. Bei meiner Berufung auf die neu geschaffene Stiftungsprofessur *Stadtumbau und Stadtforschung* in Dresden war ich schon etwas überrascht, mit welcher Vehemenz nun die Stadtschrumpfung, *Shrinking Cities*, zum raumordnungspolitischen Credo annähernd aller involvierten Institutionen in Deutschland erhoben wurde. Abweichende Meinungen wurden kaum noch ernsthaft reflektiert. Den Forschungsmöglichkeiten an der TU Dresden war es zu verdanken, dass Zweifel – eben Ansätze eines Andersdenkens – in unsere Arbeit einfließen

konnte. Statt einer scheinbar offiziellen, sog. alternativlosen Leitlinie in Raumordnung und Städtebau kommender Jahrzehnte zu folgen, haben wir eine abweichende Meinung gewagt und *Shrinking Cities* in *Waiting Cities* umgewandelt – „Städte im Wartezustand“, wenn Sie so wollen.

Es war eine andersdenkende Strategie der frühen 2000er Jahre, insbesondere für Ostdeutsche Mittelstädte, denen der flächendeckende Abriss ganzer Gründerzeitviertel drohte. Nur dank der nachhaltigen Unterstützung unserer Forschungsansätze durch das damalige *BM Verkehr, Bau und STE* – ein fachorientiertes und politisches Stadtbauministerium – konnten wir eine neue Forschungslinie entwerfen, die u.a. zu einer plausiblen Alternative (zu *Shrinking Cities*) führte: Das *Probewohnen für Görlitz* wurde geboren und es war der Beginn einer behutsamen Trendwende hin zu einer gewissen positiven Einwohnerentwicklung verschiedener ostdeutscher Mittelstädte.

Übrigens gab es damals so manchen Vertreter der bundesdeutschen Wohnungswirtschaft und einzelne Landesvertreter, die sich konsequent gegen unseren Forschungsansatz zur Erhaltung gründerzeitlicher Stadtquartiere aussprachen. Sie hatten eher in rein technischen und kurzfristig ökonomischen Kategorien abschließend gedacht, statt zukunftsweisende Ansätze wenigstens zu gewichten. Vielleicht beinhalteten unsere damaligen Forschungsprojekte erste Schritte zu einer ganzheitlich ausgerichteten Raumordnung und Stadtentwicklung – eine Vorstufe zur Innenentwicklung und einer „Wissens-Plattform“?

Und heute: nach gut 10 Jahren spricht kaum noch einer von *Shrinking Cities* im damaligen Sinn, als Synonym scheinbar zukunftsweisender Raumordnung in Deutschland (ländliche Räume einmal ausgenommen!). Auf längere Sicht gesehen, waren Strategien zur schrumpfenden Stadt dann halt doch zu modisch gedacht und zu einseitig auf Einzelinteressen, beispielsweise der Wohnungswirtschaft mit ihren scheinbar überzähligen Altbauwohnungen ausgerichtet. Darin sehe ich eine Dominanz „sektoraler Sichtweisen“, die wir in Zukunft in der Raumordnungspolitik möglichst vermeiden sollten.

4. Urbane Innenentwicklung

„Urbane Gebiete“ in Deutschland

So wünschenswert die neue Baunutzungskategorie „Urbane Gebiete“ in der bundesdeutschen Gesetzgebung ist, so groß scheint die Gefahr aber auch zu sein, dass sie (zu) einseitig umgesetzt wird. Im Sinn einer Optimierung der Bodennutzung sind „urbane Gebiete“ durchaus plausibel und richtig. Aus der Sicht eines ganzheitlichen Städtebaus bedarf die Umsetzung allerdings auch einer kritischen Begleitung. Es genügt nicht, nur einen Paragrafen zu erlassen. Erst eine politisch übergeordnete Sichtweise und eine fachlich unabhängige Begleitung garantieren aus meiner Sicht die durchaus gewünschte urbane Dichte in unseren Städten und Gemeinden.

Urbane Gebiete als Nutzungskategorie könnten aber auch dazu verleiten, dass die gewünschte Verdichtung der Städte und Gemeinden wohl erleichtert wird. Aber es ist auch die Gefahr gegeben, eine hohe räumlich-bauliche Qualitätssicherung zu verlieren. Es kann nicht genügen, nur hohe Häuser, geringere Abstände zwischen den Häusern und unterschiedliche Nutzungen auf engstem Raum zuzulassen. Dichte in unseren Städten erfordert Stadtraum- und Stadtbau-Gestaltungsqualität, was in Zukunft zur Kernaufgabe einer (nach außen begrenzend wirkenden) Raumordnungspolitik gehört. Nach innen gerichtet, müsste sie zu einer „*Wissens-Plattform der Grenzen*“ generieren: Raumordnung, Wirtschaft, Verkehr, Stadtbaugestaltung, Denkmalschutz und Ökologie verschmelzen zu einem Ganzen. Darin sehe ich eine zukunftsweisende Raumordnungspolitik.

„Raum- und Stadtentwicklung nach innen“ in der Schweiz

In der Schweiz werden ähnliche Ziele urbaner Dichte in den Städten verfolgt. Statt einen neuen Gesetzesartikel zu erlassen, wird das Ziel prozessual zu erreichen versucht. Eine nachhaltige Verdichtung von Städten und Gemeinden sollte mit einer integrierten Strategie der „Innenentwicklung“ und zwar über alle drei Gebietskörperschaften hinweg (Bund, Kanton, Gemeinde) erreicht werden. Anhand von zwei integrierten Ansätzen der Raum- und Stadtplanung in der Schweiz, verfolge ich einige Gedanken weiter, wie eine nachhaltige urbane Qualität für unsere Städte und Gemeinden erreicht werden könnte. Es ist

- das Konzept der „2000 Watt-Gesellschaft“ und
- die Revision des Schweizerischen Raumplanungsgesetzes (2013) zusammen mit den Ergebnissen des Nationalen Forschungsprogramms „Neue Urbane Qualität“ (2015).

Zürich will sich, zusammen mit vielen anderen größeren Städten der Schweiz, zur *2000-Watt-Gesellschaft* entwickeln – zu einer Stadt mit hoher Lebensqualität, in der die Menschen Energie und Ressourcen nachhaltig nutzen, und einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Stadt will gemeinsam mit der Privatwirtschaft, den Institutionen und mit der Bevölkerung an diesem Ziel intensiv arbeiten. Mit ihrer sog. Roadmap, die die Exekutive im Februar 2017 beschlossen hat, soll die „2000-Watt-Gesellschaft“ Energie und Ressourcen nachhaltig und global gerecht nutzen¹. Dies hat zur Folge, dass jegliche Energieleistung, vom Verkehr, über das Bauen bis hin zum Betrieb von Geräten, die der Einzelne im Durchschnitt in Anspruch nimmt, ganzheitlich gerechnet wird. Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben sich zur 2000-Watt-Gesellschaft bekannt und diesen Anspruch in der Gemeindeordnung verankert. Dabei geht es um

- die Reduktion des Energieverbrauchs langfristig auf 2000 Watt pro Person und Jahr² zu senken,
- den CO₂-Ausstoß bis 2050 auf eine Tonne pro Person und Jahr³ zu reduzieren und
- erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu fördern.

Mit der 2000-Watt-Gesellschaft leistet Zürich einen ganzheitlichen Beitrag zum Klimaschutz, zum sparsamen Verbrauch von Rohstoffen und zur Reduktion des Verbrauchs nicht erneuerbarer Energien. Diese ganzheitliche Betrachtung macht es im Prinzip möglich, dass beispielsweise ein denkmalgeschütztes Haus, das in einem dichten urbanen Stadtgefüge steht, vielleicht mehr Energie hinsichtlich seines

¹ „Nachhaltigkeit“ wird in der Beschränkung desjenigen Energiekonsums gesehen, der zur Reduktion von Treibhausgasemissionen führt. Ein kommunaler Beitrag, damit sich das Weltklima nicht mehr als 2° C erwärmt. Global gerecht wird darin gesehen, dass allen Menschen gleich viel Energie und gleich viele Treibhausgasemissionen zustehen.

² 2013: 7400 Watt

³ 2013: 11,4 Tonnen

Wärmeverbrauchs und nicht realisierter Dämmung benötigt. Dank seines innerstädtischen Standorts kann für das gedachte Haus im urbanen Gefüge ein geringerer Energieaufwand beispielsweise hinsichtlich der *kurzen Wege* der Bewohner in der Stadt in die Gesamtrechnung einfließen. Dadurch könnte, statt einer von oben verordneten Beschränkung, integriertes Denken und Handeln – ein Andersdenken, wie man dem Klimawandel begegnet, zum Durchbruch verholfen werden, das auch von den Bürgern mehrheitlich mitgetragen wird.

Revision des Schweizerischen Raumplanungsgesetzes

Die Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) wird am 3. März 2013 mit 63% der Schweizer Bürger angenommen. Ziel der Gesetzesänderung ist es, durch die Förderung einer kompakten Siedlungsentwicklung nach innen die Zersiedelung in der Schweiz zu bremsen. Dazu sollen zu große Bauzonen verkleinert und bestehendes, brachliegendes Bauland effizienter genutzt werden. Gebiete, die überbaut werden können, müssen von nicht überbaubaren Gebieten deutlich abgegrenzt werden. Die Siedlungsentwicklung hat verstärkt in den bereits bestehenden Zentren und innerstädtischen Bereichen (Agglomerationen) zu erfolgen. In Gebieten, in denen Wachstum besteht, soll neues Bauland eingezont werden können. Im Gegenzug – und dies ist entscheidend – schreibt die Revision vor, dass überdimensionierte Bauzonen in den Kantonen verkleinert bzw. Bauland in der Entwicklung zurückgestellt werden muss.

In der Politik wird der Verlust an Kulturland als raumordnungs-politisches Problem anerkannt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass zu große Baulandreserven in den Gemeinden eine lockere Besiedlung befördert. Gleichzeitig müssen die hohen Folgekosten der Zersiedlung, d.h. die Erschließung weitläufig gebauter Siedlungen mit Straßen, Strom und Wasser begrenzt werden.

Die Revision ermöglicht den Kantonen und Gemeinden, dass bereits eingezontes Bauland durch Landumlegung besser verfügbar gemacht wird. Die Lage und Größe der Siedlungsflächen ist zu koordinieren zwischen Verkehrsinfrastruktur und Stadtentwicklung. Die Nutzungspläne der Gemeinden müssen mit den kantonalen Richtplänen abgestimmt werden. Und die Kompetenzen von Kantonen und Gemeinden werden – gut

föderalistisch – nicht eingeschränkt. Die Umsetzung der Raumplanung bleibt in erster Linie Sache der Kantone und Gemeinden.

Nationales Forschungsprogramm⁴ „Neue Urbane Qualität“

In Ergänzung zum revidierten Raumplanungsgesetz stellt sich die Frage, wie denn die angestrebte neue Urbane Qualität der Städte und Gemeinden zu erreichen wäre. In meiner Quintessenz zum Nationalen Forschungsprogramm, das ich leiten durfte, wird die Innenentwicklung als ganzheitliche Strategie der Raumordnung empfohlen. Und zwar geht es um die *Stadtwerdung der Agglomeration*. Die Forschungsergebnisse zeigen, dass unzählige Neubausiedlungen in den Agglomerationen der Schweiz umzubauen und nach innen zu verdichten sind. So soll die Schönheit der natürlichen Landschaft bewahrt werden, ohne die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen.

Jeder kennt den sog. Städtebau der Moderne. Während mehr als einem halben Jahrhundert wurden in den Agglomerationen die beliebige Aneinanderreihung von Neubauzeilen des sozialen Wohnungsbaus oder von Bürobauten zelebriert. Ein Bild „unfertiger“ Siedlungen ist in allen europäischen Städten zu erkennen. Diese Agglomerationssiedlungen müssen zu urbanen Stadtensembles verdichtet und umgestaltet werden, so meine Quintessenz zur neuen urbanen Qualität in Städten und Gemeinden.

Für die Bewohner würde eine vielschichtige Identifikation mit ihren Wohnorten, eine besondere Erinnerung und Raumgeborgenheit in neuen Stadtquartieren in der Agglomeration entstehen, wie wir sie aus historischen Innenstädten und gründerzeitlichen Quartieren bestens kennen und schätzen. Diese Erkenntnisse sind bestimmt auch weitsichtiger als dem etwas einfallslosen Ruf nach Hochhausverdichtung zu folgen, wie sie aus der Sicht einseitiger (sektoraler) Interessen immer wieder vertreten werden, wenn es um die bauliche Verdichtung in unserem Land geht. Und über die sog. „Zwischenstadt“ weiter zu philosophieren, wird das chaotisch wirkende Bild der Agglomeration auch nicht zum Besseren verändern.

⁴ Jürg Sulzer, Martina Desax, Stadtwerdung der Agglomeration, Die Suche nach einer neuen urbanen Qualität, Synthese des Nationalen Forschungsprogramms „Neue Urbane Qualität“, Zürich 2015. Siehe auch: <http://www.nfp65.ch>

Eine so verstandene Raumordnungspolitik setzt das erkannte Ziel der Stadtwerdung der Agglomeration in den Mittelpunkt. Es geht um eine klare gestalterische Förderung des Ensemble-Städtebaus. Der integrierte Umbau der Agglomeration zur ihrer Stadtwerdung stellt qualitativ überdurchschnittlich hohe Anforderung an Raumplanung und Stadtbaugestaltung. Aus Agglomerationssiedlungen sollen identitätsbildende Innenräume eines Stadtquartiers hinsichtlich Dichte, Nutzungsvielfalt und räumlicher Ensemblebildung entstehen. Es ist nichts weiter als gerecht, wenn wir in Zeiten der Globalisierung, der Sehnsucht unzähliger Bürger nach Raumgeborgenheit und Identität des Wohnens im stadträumlichen Kontext endlich nachkommen, statt immer wieder neue Zeilenbauten in die Landschaft zu setzen. Darin wird das Kernergebnis des Nationalen Forschungsprogramms *Neue Urbane Qualität* gesehen.

Energiesparens als vielleicht auch des demografischen Wandels. Wenn Ensemblestädtebau und Raumgeborgenheit in der Stadt als Synonym eines Prozesses anerkannt wird, dann könnte mit einer ganzheitlichen Plattform der Grenzen ein Beitrag zu identitätsbildenden Stadtquartieren geleistet werden. „Stadttheimat“ hätte dann möglicherweise auch mit nachhaltigen Lösungsstrategien der Zuwanderung zu tun.

5. Vier Feststellungen als Fazit

1. Feststellung

Der kurze Einblick in meine „*Grenzgänger-Erfahrungen*“ könnte auf den Punkt gebracht werden, wonach die Vorteile der kleinen Schweiz gegenüber der großen BRD vielleicht darin liegen, über mehr Übersichtlichkeit zu verfügen. Und schnelle Entscheidungen im großen Bruderland bieten uns in der Schweiz oft die Möglichkeit des Lernens, einige damit zwangsläufig verbundene Fehler zu vermeiden.

2. Feststellung

Was ich mit einer integrierten Strategie meine, lässt sich gut erklären am Beispiel der 2000-Watt Gesellschaft in der Schweiz. Es geht nicht in erster Linie um Grenzen vorzugeben. *TESLA* setzt darauf, im Denken Grenzen zu vermeiden. Stattdessen wird

Leidenschaft vermittelt, Auto zu fahren ohne schlechtes Gewissen. „TESLA-Denken“ könnte Einsichten eröffnen, wonach integrierte Raum- und Stadtentwicklung zu einer ganzheitlichen Qualität von Stadt mutiert, ohne die alte Stadt über Bord zu werfen. Stadt ist im „*TESLA-Denken*“ zu gestalten. Grenzen werden zu Qualitäten!

3. Feststellung

In anonym wirkenden Siedlungen der Agglomeration kann keine Verwurzelung der Bürger gedeihen. Die Bürger wünschen sich mehrheitlich eine Wohnung in urbanen, raumbildenden Stadtquartieren, was die aktuellen Wohnungsmärkte in den Innenstädten sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz tausendfach beweisen. Unverwechselbare Orte für diejenigen zu schaffen, die es sich wünschen im Ensemble und in räumlicher Geborgenheit zu wohnen, ist die logische Konsequenz des Anspruchs von „urbanen Gebieten“ genauso wie der „Stadtentwicklung nach Innen“. Begrenzung wird zur Chance, indem Stadtwerdung der Agglomeration zur Heimat in der Stadt mutiert. In Zeiten von Globalisierung und Migration vielleicht ein bedenkenswerter Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft.

4. Feststellung

Ihre Ministerkonferenz könnte die einzigartige Chance ergreifen, über eine (oder mehrere) „Wissensplattformen der Grenzen“ die Siedlungsplanung endlich einzustellen, um dichte und urbane Städte, die Stadtwerdung in den Agglomerationen zu fördern. Darin sehe ich – wenn Sie mir dies zugestehen – die Kernaufgabe einer wegweisenden Raumordnungspolitik im zweiten halben Jahrhundert ihrer Ministerkonferenz. Begrenzung und Stadtwerdung der Agglomeration eröffnen eine neue Dimension der Raumordnungspolitik, die „Andersdenken“ voraussetzt.